

Johannes Müller SJ

Christliche Solidarität angesichts weltweiter Armut

„Das Reich Gottes ist nicht indifferent gegenüber den Welthandelspreisen“

1. Etwa eine Milliarde Menschen leben gegenwärtig in *absoluter Armut*. Sie können ihre physischen Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Gesundheit) nicht oder nur unzureichend befriedigen, ganz zu schweigen von ihren nichtmateriellen menschlichen Bedürfnissen (Arbeit, Bildung, Partizipation, kulturelle Identität). Diese Armut hat viele Gesichter. Etwa 450 Millionen Menschen sind ernsthaft unterernährt. Täglich sterben 40000 Kinder an Hunger und anderen Mangelercheinungen. Was das konkret bedeutet, haben die Schreckensnachrichten und -bilder aus der Sahelzone nachdrücklich gezeigt. Nicht weniger erschütternd ist freilich die alltägliche Not, auch wenn sie weniger Schlagzeilen macht. Zahllose Menschen sind Opfer sozialer, rassischer und politischer Unterdrückung sowie kriegerischer Auseinandersetzungen.

Hinter diesen nüchternen Zahlen stehen ebenso viele *Menschen mit Namen und Gesicht*: verwahrloste Kinder auf den Straßen der Großstädte; arbeitslose Jugendliche ohne Zukunftsperspektive; verschuldete Kleinbauern und landlose Saisonarbeiter; Bewohner der immer ausgedehnteren städtischen Slumgebiete; unterbeschäftigte und schlecht bezahlte Arbeiter ohne Rechte; sozial und kulturell diskriminierte Frauen, die sich für den Lebensunterhalt ihrer Kinder aufarbeiten; Indios und andere ethnische Minderheiten, die ihres Bodens und ihrer Kultur und damit ihrer Lebensrechte beraubt werden; Flüchtlinge und Vertriebene, die fast überall unwillkommen sind und oft vergeblich um Asyl nachsuchen.

2. Die Ursachen all dieses Leids sind zweifellos vielfältig und komplex. *Ungerechte Strukturen und Institutionen*, die zu einer völlig ungleichen Verteilung der Güter und des Reichtums führen, sind eine der Hauptwurzeln. Krasse soziale Gegensätze spalten die meisten Länder der Dritten Welt. Anstößige Konzentration von Reichtum und Macht einerseits und schreiendes Elend andererseits stehen sich meist unversöhnt gegenüber. So leben nach einer jüngsten offiziellen Untersuchung 65 Prozent der 135 Millionen Einwohner des reichen Brasilien in Armut und Hunger, ein Drittel der Familien leiden infolge mangelnder Einkünfte ständig an Unterernährung. Soziale Reformen scheitern meist schon im Ansatz am Widerstand der herrschenden Eliten, die auch vor politischer Unterdrückung und Mißachtung der Menschenrechte nicht zurückschrecken, um ihre Privilegien zu

verteidigen. Besonders skandalös erscheint dieser Zustand in den weithin katholischen Ländern Lateinamerikas oder in den Philippinen, wo sich Arme wie Reiche zumindest dem Namen nach zum gleichen christlichen Glauben bekennen. Wenn daher die Theologie der Befreiung vom „armen und christlichen, ausgebeuteten und gläubigen Volk“ spricht, so weisen diese Worte auf einen eigentlich unerträglichen Widerspruch hin und enthalten eine scharfe Anklage.

3. Nicht weniger skandalös ist freilich das wachsende *weltweite Gefälle zwischen Reich und Arm*. Der Anteil der ärmsten Entwicklungsländer am Welt-Bruttonsozialprodukt fiel in den Jahren 1955–1980 von 8,1 Prozent auf 4,8 Prozent, während ihr Anteil an der Weltbevölkerung im gleichen Zeitraum von 44,7 Prozent auf 47,1 Prozent stieg. Die westlichen Industrieländer dagegen verfügten 1980 bei einem Anteil von 15,4 Prozent an der Weltbevölkerung über 64,8 Prozent des Welt-Bruttonsozialprodukts. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der Bundesrepublik ist gegenwärtig etwa hundertmal so hoch wie in den ärmsten Ländern. Das Ausmaß dieses Gefälles übertrifft deutlich die Einkommensungleichheiten in den Entwicklungsländern selbst, die nicht selten als Vorwand gegen weltwirtschaftliche Reformen und mehr Entwicklungshilfe dienen.

Diese und ähnliche Tatsachen wirken nach mehr als drei Jahrzehnten sogenannter Entwicklungszusammenarbeit ernüchternd und beschämend. Sie sind eine Folge der strukturellen Abhängigkeit der Dritten Welt von den Industrieländern, vor allem der sehr ungleichen weltwirtschaftlichen Machtverteilung. Dies führt zu Entwicklungen, auf welche die Entwicklungsländer wenig oder keinen Einfluß haben. So sind zum Beispiel die Weltmarktpreise für die meisten Rohstoffe und Agrarprodukte in den letzten Jahren teils dramatisch gesunken, wozu die Agrarpolitik der EG und der USA maßgeblich beitrug. Gleichzeitig errichten die Industrieländer immer mehr Handelsschranken gegen den Import billiger Fertigwaren aus den Entwicklungsländern, um eigene gefährdete Wirtschaftszweige zu schützen. Selbst die Entwicklungshilfe steht zunehmend im Dienst der eigenen Exportwirtschaft. Das Ergebnis sind chronische Zahlungsbilanzdefizite, welche die armen Länder verwundbar machen und zu einer immer tieferen Verschuldung führen. Gleichzeitig hat die vor allem aufgrund hoher Rüstungsausgaben defizitäre Haushaltspolitik der USA den internationalen Zinssatz in die Höhe getrieben, was die Entwicklungsländer mit zusätzlichen Zinsschulden in Milliardenhöhe und massivem Kapitalabfluss zu bezahlen haben. All dies hat dazu geführt, daß seit 1984 per Saldo mehr Geld aus den armen in die reichen Länder fließt als umgekehrt. Die von den Gläubigerländern auferlegte rigorose Sparpolitik müssen einmal mehr die Armen der Dritten Welt mit wachsender Verelendung bezahlen.

4. Die verzweifelte Lage so vieler Menschen in der Dritten Welt ist also *kein gewissermaßen naturgegebenes Schicksal*, das sich mit dem Hinweis auf Leistungs-

prinzip, Marktgesetze und Sachzwänge rechtfertigen läßt. Die Menschen könnten eine gerechtere Welt schaffen, wenn sie nur wirklich den Willen dazu hätten. Ungerechte Strukturen und Institutionen, die in persönlichem und nationalem Egoismus wurzeln, stehen einem solchen Wandel jedoch im Weg. Dieser Tatbestand gehört zweifellos zu jenen grundlegenden „Zeichen der Zeit“, welche die Kirche ihrem Auftrag entsprechend „im Licht des Evangeliums“ zu deuten hat (GS 4). Sicher haben viele Christen diese Herausforderung im Geist des Gebots der Nächstenliebe angenommen, indem sie die kirchlichen Hilfswerke oft sehr großzügig unterstützen. Diese primär karitative Hilfe kann freilich immer nur eine zwar notwendige, aber nicht ausreichende Antwort auf die weltweite Armut sein. Sie muß von der Bereitschaft getragen sein, die bestehende Ungerechtigkeit an ihren Wurzeln zu bekämpfen. Andernfalls würde die geleistete Hilfe zu einem billigen und unglaubwürdigen Ersatzhandeln verkümmern, das bestenfalls das eigene schlechte Gewissen etwas beruhigt. Es sind vor allem *Anstöße aus den Kirchen der Dritten Welt*, die einen Weg zeigen, wie man aus dem Geist des Evangeliums handeln kann.

5. Menschliche Armut und Not sind nach christlichem Verständnis eine Einladung zu mitmenschlicher *Solidarität*, was fast notwendig eine vorrangige, aber nicht ausschließliche „Option für die Armen“ einschließt (Puebla 1134–1165). Begründet ist diese Entscheidung in der Solidarität Gottes mit den Menschen in der Person Jesu. „Er war Gott gleich, hielt aber nicht daran fest, wie Gott zu sein, sondern er entäußerte sich und wurde wie ein Sklave und den Menschen gleich“ (Phil 2, 6f.). Gott hat sich auf die Seite der Menschen gestellt und das menschliche Los bis zum bitteren Ende geteilt. Er kam als ein armer Gott, der bewußt die Seite der Armen, Ausgestoßenen und Vergessenen wählte, wie vor allem das Lukasevangelium eindrucksvoll zeigt. Schon im Magnifikat wird dies geradezu in einem Protestlied angekündigt (Lk 1, 46–55). Sein öffentliches Auftreten steht von Anfang an unter dieser Botschaft (Lk 4, 16–21). Immer wieder tritt er parteilich für die Armen und gegen die Reichen ein (Lk 6, 20–26; 11, 37–54; 16, 19–31). Seine Solidarität und Identifikation mit den Armen geht sogar so weit, daß er das Verhalten ihnen gegenüber zum endzeitlichen Heilskriterium erklärt, ja daß er selbst den Menschen in ihnen zu begegnen verspricht (Mt 25, 31–46).

Die Option für die Armen ist also in der liebenden Wahl Gottes begründet. In dieser Wahl zeigt er, wer er ist. Er macht durch sie deutlich, daß unmenschliche Armut im Widerspruch zum Evangelium steht. Sie ist Folge und Ausdruck eines praktischen Atheismus, der Gott zwar nicht unbedingt in Worten, wohl aber durch Taten leugnet. Solidarität mit den Armen ist darum eine zutiefst im Glauben wurzelnde Zusage und zugleich Forderung. Sie ist ein *vorrangiger Weg der Nachfolge Christi*, was prophetische Anklage der Ungerechtigkeit und entschlossenen Kampf gegen die Armut einschließt.

Eigentlich sollte diese Wahl Gottes ein Grund zur Freude sein, da wenigstens Gott die Armen dieser Welt nicht vergessen hat. Und doch löst diese Option bei vielen ganz im Gegenteil die Befürchtung aus, sie selbst könnten dabei zu kurz kommen. Es fällt gerade den Menschen in den reichen Ländern ungemein schwer, zu begreifen, wie sehr Gott seine Solidarität mit ihrem solidarischen Handeln verbunden hat. Sie wollen nicht wirklich glauben, daß sie in den Armen „das Leidensantlitz Christi, unseres Herrn, erkennen sollten“ (Puebla 31), daß sie also in ihrem solidarischen Handeln ihm selbst begegnen und gerade so auch selbst seine befreende Liebe erfahren dürfen. Mit anderen Worten, in der Option für die Armen sind all jene eingeschlossen, die den Weg der Solidarität mitgehen.

6. Diese christliche Solidarität wird unter den heutigen Verhältnissen freilich nur dann wirksam und glaubwürdig gelebt werden können, wenn sie alle Menschen einschließt und ein individualistisch verkürztes Menschenbild vermeidet. Weltweite Armut und Ungerechtigkeit lassen sich nämlich nicht, wie sich gezeigt hat, allein mit dem persönlichen Fehlverhalten einzelner erklären. Sie sind mindestens ebensosehr eine Folge ungerechter politischer, wirtschaftlicher und soziokultureller Strukturen und Institutionen, welche vor allem auch die internationalen Beziehungen kennzeichnen. Sie sind das Ergebnis kollektiven menschlichen Versagens, das von allen Menschen gemeinsam zu verantworten ist. Diese „*institutionalisierte Ungerechtigkeit*“ oder „*strukturelle Gewalt*“, die oft genug auch der Nährboden persönlichen Fehlverhaltens ist, steht im Widerspruch zum Geist des Evangeliums. In ihr „sieht die Kirche eine soziale Sünde“ (Puebla 28) oder auch „*Strukturen der Sünde*“. In diesem Sinn ist auch die Aussage zu verstehen: „Das Reich Gottes ist nicht indifferent gegenüber den Welthandelspreisen!“ (Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, „*Unsere Hoffnung*“)

„Diese Realität erfordert daher die *Umkehr des einzelnen sowie tiefgreifende Strukturwandlungen*“ (Puebla 30). Es ist nicht genug, wenn sich jeder nur persönlich bekehrt, so wichtig dies auch immer bleiben wird. Ebenso notwendig ist ein Wandel der ungerechten nationalen und internationalen Strukturen und Institutionen. Da die dafür notwendigen Veränderungen fast unvermeidlich auf erhebliche Widerstände stoßen, die in persönlichem und nationalem Egoismus wurzeln, ruft der solidarische Einsatz für mehr Gerechtigkeit im Dienst an den Armen meist schwere Konflikte hervor, auch wenn man bemüht ist, diese im Geist des Evangeliums gewaltfrei auszutragen. Solche Konflikte stehen daher auch keineswegs im Widerspruch zum Geist christlicher Versöhnung. Wahre Versöhnung muß nämlich immer in der Realität gründen, soll sie nicht zur Lüge werden. In einer Situation krasser Ungerechtigkeit setzt sie zumindest die Bereitschaft voraus, Reformen zugunsten der Armen einzuleiten. In diesem Sinn ist die Solidarität mit den Armen der beste Weg zu wahrer Versöhnung.

Auch mit dieser strukturellen Dimension der Sünde haben viele große Schwierigkeiten. Es fällt schwer, zu akzeptieren, daß man allein durch das *Verstricktsein in ungerechte Strukturen* zum Leid anderer Menschen beiträgt und von ihm profitiert, auch wenn man im eigenen persönlichen Verhalten um Gerechtigkeit und Solidarität bemüht ist. Dies zeigt sich gerade in der Einstellung zur Dritten Welt. Auch wenn viele es entrüstet zurückweisen, es läßt sich kaum bestreiten, daß der Wohlstand der reichen Länder teilweise auch auf Kosten der Dritten Welt entsteht. Selbst wenn einem die Armut der Menschen dort nahegeht und man zu großzügigen Spenden bereit ist, ändert dies wenig daran, daß man in einem reichen Industrieland lebt, das aus den internationalen Beziehungen einseitige Vorteile genießt. Es macht das Dilemma und die Tragik einer solchen Situation aus, daß man sich diesen ungerechten Strukturen nicht einfach entziehen kann. Diese Tatsache zu erkennen und zuzugeben, wäre ein erster wichtiger Schritt gemeinsamer Umkehr und Solidarität.

Von der Bereitschaft zu einem strukturellen Wandel in den internationalen Beziehungen hängt auch die *Glaubwürdigkeit jeder Solidarität* ab. Guter Wille und richtige Motivation allein genügen nicht, wie die bittere Erfahrung der Kirche mit dem „Verlust der Arbeiterschaft“ im letzten Jahrhundert lehrt. Sicher nahmen viele kirchliche Vertreter auch damals die elende Lage der Arbeiterklasse wahr und versuchten nach Kräften, sie karitativ zu mildern. Sie waren aber, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, blind für die Tatsache, daß es sich bei der „sozialen Frage“ um ein strukturelles Problem der sozialen Gerechtigkeit handelte. Dies führte zu einer wachsenden Entfremdung der Arbeiterschaft, die ihre Interessen von meist kirchenfernen Arbeiterbewegungen und Gewerkschaften viel besser verstanden und vertreten sah. Vor einer vermutlich noch größeren vergleichbaren Herausforderung steht die Kirche heute. Die Vereinigung in der Dritten Welt ist die *neue weltweite soziale Frage*, die sich ebenfalls nur durch Strukturreformen wirklich lösen läßt. Es hätte verheerende Folgen, würden sich die Armen auch dieses Mal von der Kirche verlassen fühlen und sich darum enttäuscht von ihr abwenden.

7. Für die notwendigen Strukturreformen einer internationalen Entwicklungspolitik tragen die *Industrieländer* aufgrund ihrer beherrschenden weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Rolle besondere Verantwortung. Nur wenn sie den Interessen der „armen Welt“ in ihrer eigenen Politik erheblich mehr Gewicht einräumen, besteht Hoffnung auf mehr internationale Gerechtigkeit. Eine solche Politik stößt freilich auf große Hindernisse, da sie für die Industrieländer selbst Probleme schafft, die langfristige interne *Strukturreformen* und letztlich einen tiefen *Bewußtseinswandel* erforderlich machen. So können etwa nur grundlegende Reformen des Arbeitsmarkts verhindern, daß der Abbau des Protektionismus die eigene Arbeitslosigkeit verschärft. Ähnliche Probleme bestehen im landwirtschaftlichen Sektor. Derartige Reformen lassen sich aber in den westlichen Demokratien

nur dann politisch durchsetzen, wenn sie von den Wählern mitgetragen und durch politische Aktionen gefördert werden. Dies gilt besonders in einer Zeit, in der die reichen Länder immer mehr in kurzsichtigen nationalen Egoismus versinken. Mehr internationale Solidarität lässt sich darum nur verwirklichen, wenn Leben und Arbeit in den Industrieländern selbst wieder mehr vom Geist der Solidarität geprägt werden, so daß die notwendigen Opfer nicht allein zu Lasten der in diesen Ländern sowieso schon Benachteiligten gehen.

Gerade die *christlichen Kirchen* tragen für diesen Wandel eine besondere Verantwortung. Sie erwächst zum einen aus ihrem ureigenen Auftrag, die Botschaft des Evangeliums weltweit zu verkünden und glaubwürdig zu leben. Zum anderen lässt die Verlagerung des Schwergewichts der Kirchen in die Dritte Welt, wo heute schon etwa 60 Prozent aller Christen leben, sie besonders berufen erscheinen, mit gutem Beispiel voranzugehen und die Rolle von „Anwälten der Armen“ wahrzunehmen. Wenn sie allerdings diesem hohen Anspruch gerecht werden wollen, müssen sie den Mut haben, durch *Bewußtseinsbildung und politisches Engagement* den Boden für die notwendigen Reformen zu bereiten, auch wenn dies unangenehme Konflikte auslöst und ihnen Anfeindungen einhantelt, wie sich in jüngster Zeit immer wieder gezeigt hat.

Als „transnationale Basisorganisationen“ besitzen die Kirchen Möglichkeiten, die auf staatlicher Ebene oft nicht existieren. Ihre enge Verbindung mit den Kirchen in der Dritten Welt, die einen unmittelbaren Kontakt zu den betroffenen Menschen selbst ermöglicht, bietet die Chance zu echtem *interkulturellem Dialog und Austausch*, ohne den keine wirklich menschenwürdige Entwicklung denkbar ist. So wichtig dabei die kirchenoffiziellen Gespräche und Besuche sind, mindestens ebenso wichtig sind Initiativen und Kontakte, die von einzelnen, Gruppen und Verbänden ausgehen. Auf dieser Ebene besteht die Möglichkeit zu Partnerschaften und solidarischen Aktionen, getragen von Informationen aus erster Hand und direkter Betroffenheit. Es wäre zu wünschen, daß möglichst viele Pfarreien entsprechende Ausschüsse für „Mission, Entwicklung und Frieden“ einrichten. Aus all dem könnten neue Anstöße und Ideen für einen veränderten Lebensstil in den reichen Ländern erwachsen, was fast von selbst zum politischen Engagement für die Dritte Welt führen würde. Dies würde auch das Gewicht der Stimme der Kirchen im politischen Interessenstreit verstärken. Die kirchlichen Hilfswerke haben wertvolle Arbeit für diesen Bewußtseinswandel geleistet und dabei auch selbst einen Lernprozeß durchlaufen. Dieses Zeichen der Solidarität und Hoffnung gilt es fortzusetzen und zu verstärken.